



Landtagswahl Salzburg 2013

knack:punkt befragte Salzburger Parteien zu Ihrer Behindertenpolitik

Anlässlich der Landtagswahlen am 5. Mai 2013 hat der Vorstand von **knack:punkt** Selbstbestimmt Leben Salzburg am 13. April an die in Salzburg aufgestellten Parteien neun Fragen zur Behindertenpolitik gestellt.

Seite | 1

Angefragt wurden folgende Parteien: SPÖ, ÖVP, FPÖ, Die Grünen, KPÖ, Die Piraten, Team Stronach.

Geantwortet haben (in der Reihenfolge des Eintreffens der Antworten):

	Antwort	Antwort lt. Signatur des Email von:
Piraten	18.04.2013	Wolfgang M. BAUER BA Mitglied des Landesvorstandes der Salzburger PiratInnen und Spitzenkandidat für die Landtagswahl 2013 Telefon 0699 1010 5575
KPÖ	21.04.2013	Josef Enzendorfer e.h. (für die Salzburger KPÖ)
ÖVP	22.04.2013	Claudia Petschl
SPÖ	23.04.2013	Mag.a Barbara Luger Pressereferentin SPÖ-Landesgeschäftsstelle Salzburg Wartelsteinstraße 1 5020 Salzburg Tel: 0662-42 45 00-102 Fax: 0662-42 45 00-9102 Mobil: +43(664) 8854 0585 barbara.luger@spoe.at http://salzburg.spoe.at
FPÖ	29.04.2013	Richard Voithofer
Team Stronach	Keine Antwort	

Nach Bekanntmachung der Zusammenfassung auf unserer Homepage und Facebook erreichte uns noch nachfolgende Antwort, die wir nachträglich in die Zusammenfassung aufgenommen haben:

Die Grünen	29.04.2013	Dr. Evelyn Feichtner-Tiefenbacher Landtagsfraktion Die Grünen Chiemseehof Stiege 3/3. Stock, 5010 Salzburg Tel.: +43 662 8042-2838 evelyn.tiefenbacher@salzburg.gv.at http://www.salzburg.gruene.at
------------	------------	--

knack:punkt veröffentlicht hiermit die Original-Antworten als Wahlhilfe für Menschen mit Behinderungen und für alle interessierten und mitbetroffenen Personen.



Frage 1 - Persönliche Assistenz

Werden Sie die Forderung nach einem Rechtsanspruch auf bedarfsgerechte vermögens- und einkommensunabhängige Persönliche Assistenz für alle Menschen mit Behinderungen umsetzen/unterstützen?

Piraten

Betreffend Persönliche Assistenz schreibt die Konvention vor: Mitgliedstaaten gewährleisten Menschen mit Behinderungen Persönliche Assistenz, "die zur Unterstützung des Lebens in der Gemeinschaft und der Einbeziehung in die Gemeinschaft sowie zur Verhinderung von Isolation und Absonderung von der Gemeinschaft notwendig ist". Leben in der Gemeinschaft als Menschenrecht zu verwirklichen bedeutet auch, dass die Verwirklichung von Modellen Persönlicher Assistenz wesentlicher Bestandteil von De-Institutionalisierung und selbstbestimmten Wohnformen ist. Selbstbestimmt Leben fordert seit langem einen Rechtsanspruch auf bedarfsgerechte vermögens- und einkommensunabhängige Persönliche Assistenz für alle Menschen mit Behinderungen.

KPÖ

Wir unterstützen diese Forderung

ÖVP

Ja, eine bedarfsorientierte Persönliche Assistenz wird seitens der ÖVP unterstützt.

SPÖ

Die Forderung des Art. 19 der Konvention auf das gleiche Recht aller Menschen mit Behinderungen, mit gleichen Wahlmöglichkeiten wie andere Menschen in der Gemeinschaft zu leben (...) und Zugang zu einer Reihe von gemeindenahen Unterstützungsdiensten zu Hause und in Einrichtungen zu haben, einschließlich der persönlichen Assistenz, wird unterstützt.

FPÖ

Wir unterstützen die Forderung nach einem Rechtsanspruch für die persönliche Assistenz. Die Voraussetzungen für die Zuerkennung müssen daher klar definiert werden.

Die Grünen

Ja. Der Grüne Grundwert eines selbst bestimmten Lebens soll für alle SalzburgerInnen gelten.



Frage 2 - Persönliches Budget als Wahlmöglichkeit

Befürworten Sie die Einführung des Persönlichen Budget alternativ zu Sachleistungen in der Behindertenhilfe als Wahlmöglichkeit?

Seite | 3

Piraten

Bei dieser Forderung handelt es sich um eine sehr berechtigte, man muss aber sehr vorsichtig sein um die Betroffenen zu schützen: durch das persönliche Budget kann es sehr schnell zu Missbrauch kommen unter dem dann der Mensch mit Behinderung leiden muss. Das Recht auf Selbstbestimmung ist aber ein sehr hohes Gut, welches man nicht leichtfertig der Prävention möglichem Missbrauchs opfern darf.

KPÖ

Wir befürworten diese Forderung

ÖVP

Die ÖVP spricht sich für die Einführung eines „Persönlichen Budgets“ aus um Menschen mit Behinderung ein selbstbestimmtes Leben zu gewährleisten.

SPÖ

Befürwortet wird eine bundeseinheitliche Lösung, die alle beeinträchtigten Menschen dieses Staates gleich behandelt (was gerade auf Bundesebene in Verhandlung ist).

FPÖ

Der Ansatz ist jedenfalls zu begrüßen. Die konkrete Ausgestaltung wird im neuen Behindertengesetz zu erfolgen haben.

Die Grünen

Ja.



Frage 3 - Bundeseinheitliche Regelung

Befürworten Sie eine ganzheitliche, bundeseinheitliche Regelung von Persönlicher Assistenz für alle Menschen mit Behinderungen in Österreich?

Seite | 4

Piraten

Ja.

KPÖ

Wir befürworten eine bundeseinheitliche Regelung

ÖVP

Seitens der ÖVP wird eine bundesweit einheitliche Regelung zur Persönlichen Assistenz dringend gefordert. Um eine Lösung im Sinne behinderter Menschen zu finden sind Bund und Länder gemeinsam gefordert. Da Leistungs-, Entscheidungs- und Finanzierungsverantwortung sinnvoll in einer Hand belassen werden sollten, ist die bundeseinheitliche Vorgangsweise nach Ansicht der Salzburg VP durch eine entsprechende 15a Vereinbarung zwischen Bund und Ländern sicherzustellen, in der sich einzelnen Vertragspartner zu den in ihren Kompetenzbereich fallenden notwendigen Leistungen verpflichten.

SPÖ

Ja. Siehe oben.

FPÖ

Ja!

Die Grünen

Ja.



Frage 4 - De-Institutionalisierung

Wie werden Sie sich in Salzburg für den Abbau von speziellen Einrichtungen für behinderte Menschen im Sinne von De-Institutionalisierung einsetzen?

Seite | 5

Piraten

Die PiratInnen sind eine international agierende, "junge" politische Bewegung. Wir haben nicht zu allen Fragen sofort eine passende Antwort. Vielmehr sind wir froh, wenn Menschen uns mit ihren Problemen und Bedürfnissen konfrontieren, damit wir unseren Horizont erweitern können. Die Piratenpartei ist nicht nur eine demokratische Partei, sie ist auch eine "Mitmachpartei". Diese Frage ist eine jener, bei der wir uns auf externes Expertenwissen verlassen müssen.

KPÖ

Diese Frage können wir nicht beantworten, da uns als kleine politische Gruppe ausreichende Information dahingehend fehlt, inwiefern Salzburg von diesem Missstand konkret betroffen ist

ÖVP

Die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung ist aus Sicht der Salzburger ÖVP jedenfalls umzusetzen. Die Forderungen, die im Jahr 2011 von den Selbstvertreter/innen der Lebenshilfe gestellt wurden können als Ausgangspunkt für die Diskussion dienen. Diese fordern unter anderem Selbstbestimmung auch für ältere Menschen mit Beeinträchtigung, damit diese zwischen verschiedenen Möglichkeiten, wie z.B. teilbetreutes Wohnen, tagesstrukturierte Angebote oder einem Wohnhäusern frei wählen können. Angesichts der steigenden Lebenserwartung von Menschen mit Beeinträchtigung wird dies die Politik und die Gesellschaft vor eine große Herausforderung stellen. Deshalb wird es auch in Zukunft ein institutionelles Angebot geben müssen wenn eine Selbstbestimmung selbst durch Unterstützung sämtlicher Hilfsmittel nicht mehr möglich ist.

SPÖ Im Rahmen der Umsetzung des Planungsprozesses „Salzburger Behindertengesetz NEU“ wird im Rahmen der Maßnahmen und deren Diskussion mit den Betroffenen selbst unter anderem über die Entwicklung von bedarfsgerechten Wohn- und Betreuungsformen zu diskutieren sein.

FPÖ

Eine De-Institutionalisierung ist insofern zu unterstützen, wenn es damit zu keinem Qualitätsverlust kommt beziehungsweise eine Qualitätssteigerung verbunden ist.

Die Grünen

Die Integration von Menschen mit Behinderungen soll auf allen Ebenen der Bildung und Betreuung ausgebaut werden. Sondereinrichtungen sollen abgebaut werden, familienähnliche Wohnmodelle sollen zur Erhaltung der Selbständigkeit und Familien entlastende Modelle ausgebaut werden.



Frage 5 - Barrierefreiheit

Wie werden Sie die Barrierefreiheit im Sinne der UN-Konvention über die Rechte behinderter Menschen in Salzburg umsetzen?

Seite | 6

Piraten

Es sollte Standard sein, Förderungen nur mehr bei barrierefreiem Bauen zu gewähren, bzw. positive Baubescheide nur mehr für barrierefrei geplante Bauten auszustellen.

KPÖ

Wir sind der Meinung, dass anstatt der Verwendung von Wohnbaufördergeldern zu allererst die privaten Hauseigentümer zur Herstellung der Barrierefreiheit bei bestehenden Gebäuden gesetzlich verpflichtet werden sollen.

ÖVP

Nach den Bestimmungen des seit 1.1.2006 geltenden Bundes-Behindertengesetzes können bauliche Barrieren eine Diskriminierung für Menschen mit Behinderung darstellen. Selbstverständlich ist die VP Salzburg bemüht den Anforderungen der Grundlagen für barrierefreies Bauen nachzukommen und diese auch in der Bauordnung gesetzlich zu verankern.

SPÖ

Vorausgeschickt wird, dass auch Barrierefreiheit in jeder Form ein gesamtgesellschaftliches Anliegen sein muss, das auf jeder Kompetenzebene verstärkt wahrzunehmen und umzusetzen ist. Daher strebe ich gerade im diesem Bereich eine wichtige Koordinierungsfunktion der betroffenen Ressorts an. In der Salzburger Wohnbauförderung zB. bildet Barrierefreiheit einen permanenten Schwerpunkt und funktioniert die Zusammenarbeit bestens. Die Wohnbedürfnisse von behinderten Menschen sind verstärkt in den Mittelpunkt der Wohnbaupolitik gerückt. War Wohnen früher gleichbedeutend mit einem Heimplatz, sind in der Zwischenzeit längst neue zusätzliche und vielfältige selbständige und betreute Wohnformen entwickelt worden. Barrierefreiheit (und Mobilität) sind Voraussetzungen dafür, dass in Zukunft mehr Menschen in ihrem sozialen Umfeld bleiben und/oder zu Hause betreut werden können. Seit Gründung des Landeswohnbaufonds im Jahre 2006 werden alle geförderten Mietwohnungen barrierefrei errichtet (über 7000 barrierefreie Wohnungen!). Das verursacht zwar bei Bau Mehrkosten, langfristig gesehen werden aber Kosten gespart, weil im Nachhinein Umbaumaßnahmen nicht mehr notwendig sind. Solche Ergebnisse strebe ich auch in anderen Bereichen der „Barrierefreiheit“ an (Verkehr, Gesundheit, Bildung, Freizeit,...).

FPÖ

Der barrierefreie Zugang zu öffentlichen Gebäuden muss jedenfalls sichergestellt werden. Hier hat das Land Salzburg (Beispiel: Chiemseehof) unmittelbaren Handlungsbedarf. Die öffentliche Hand hat hier Vorbildwirkung. Im geförderten Wohnbau wurden die entsprechenden ÖNORMEN zum Teil als verbindlich erklärt. Wir sprechen uns auch für eine



stärkere Förderung bei der Adaptierung von Wohnraum aus. (Anm. **knack:punkt**: Die Antwort zu den Fragen erfolgte NACH der Aktion von **knack:punkt** im Chiemseehof)

Die Grünen

Bauliche Barrieren in allen Lebensbereichen müssen durch gesetzliche Regelungen (ÖNORM) beseitigt werden (im Bereich der Mobilität, Ausbildung und Wohnen)!



Frage 6 - Unabhängige Monitoringstelle zur Umsetzung der UN-Konvention

Befürworten Sie die Ausstattung der Monitoringstelle mit den notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen, damit sie ihrem Auftrag tatsächlich nachkommen kann?

Seite | 8

Piraten

Hier stellt sich die Frage wer entscheidet was "entsprechende personelle und finanzielle Ressourcen" sind? Es kann nicht die Institution selber sein, das scheint klar. Wenn geklärt ist wer bestimmt was notwendig ist, sollten die entsprechenden Mittel auch verfügbar sein.

KPÖ

Wir befürworten eine derartige Ausstattung des Gremiums.

ÖVP

Dem Land Salzburg ist der finanzielle und personelle Zustand des zum Bundesministerium für Arbeit zugehörigen Gremiums zur Umsetzung der UN-Konvention nicht bekannt. Allgemein ist aber eine ausreichende Ressourcenbereitstellung für die Monitoringstelle zu befürworten.

SPÖ

Im Rahmen der Umsetzung des Planungsprozesses „Salzburger Behindertengesetz NEU“ wird im Rahmen der Maßnahmen mit den Betroffenen selbst unter anderem über Formen der Teilnahme, des Monitoring und Vertretung von „SelbstvertreterInnen“ zu entscheiden sein.

Zu beachten ist aber auch die Berücksichtigung der Interessen der Betroffenen selbst, va. durch die Vermeidung von Doppelgleisigkeiten und „Zuständigkeitsunschärfen“.

FPÖ

Die Beurteilung der Ausstattung der Monitoringstelle auf Bundesebene entzieht sich unserer Kenntnis. Wir unterstützen jedoch die Einrichtung einer Monitoringstelle auf Landesebene. Im Behindertengesetz sollen sowohl die Kompetenzen sowie die Organisation der Finanzierung geregelt werden.

Die Grünen

Ja, die Einrichtung einer Monitoringstelle auf Landesebene ist zu begrüßen.



Frage 7 - Inklusive Bildung

Ab wann sollen nach Ihrem politischen Willen keine Kinder mehr neu in Sonderschulen aufgenommen werden?

Seite | 9

Piraten

Wie bei Frage 4 müssen wir uns hier auf externe Expertenmeinungen verlassen.

KPÖ

U.a. Einrichtung einer Ombudsstelle für Menschen mit Behinderung, welche in Einrichtungen der Behindertenhilfe leben.

ÖVP

Hier vertritt die ÖVP Salzburg den Standpunkt, soviel Integration wie möglich zu betreiben und die Anzahl von Schülern in Sonderpädagogischen Zentren mit Nähe zu regulären Schulen auf das Nötigste zu reduzieren, sprich nur jene Menschen mit Behinderung, bei denen eine reguläre Beschulung durch den Grad der Behinderung einfach nicht mehr möglich bzw. sinnvoll ist. Unverständlich ist warum in Salzburg nicht so wie in anderen Bundesländern zusätzliche Mittel für die schulische Integration und für die dazu notwendigen Lehrkräfte bereitgestellt werden. Der SPÖ interne Streit zwischen LHF Burgstaller und Unterrichtsministerin Schmied ist hier der Sache sicher nicht dienlich.

SPÖ

Dies ist eine Entscheidung, die vom Bildungsressort und hier va. auf Ebene des Bundes zu treffen ist. Abzulehnen ist jedenfalls der Begriff „Sonderschule“, weil er in höchstem Maße stigmatisierend ist. Angemerkt werden darf auch, dass es durchaus auch BefürworterInnen von der Beibehaltung sonderpädagogischer Bildungseinrichtungen gibt. Dies aus der Befürchtung, beeinträchtigte Kinder seien im allgemeinen Schulbetrieb oftmals benachteiligt. Dass die Zielrichtung „Inklusion“ sein wird, ist aber unbestritten. Generell sind auch hier die Interessen der Betroffenen in den Vordergrund zu stellen – nicht die des Systems oder der Einrichtung.

FPÖ Eine Abschaffung der Sonderpädagogischen Zentren unterstützen wir nicht. Kinder mit besonderen Bedürfnissen brauchen oft auch besondere Schulen. Die vollständige Integration ist eine berechtigte Wunschvorstellung, die jedoch nicht durchgängig umzusetzen ist. Integration und Sonderpädagogische Zentren sind kein Widerspruch. Mit der Abschaffung der Sonderpädagogischen Zentren würde auch der Ansatz der umgekehrten Integration konterkariert.

Die Grünen

Die Inklusion von Menschen mit Behinderungen soll auf allen Ebenen der Bildung und Betreuung sobald wie möglich erreicht und Sondereinrichtungen abgebaut werden. Alle PädagogInnen sollen zu InklusionsexpertInnen ausgebildet werden.



Frage 8 - Schutz vor Gewalt

Welche Maßnahmen zum Gewaltschutz für Menschen mit Behinderung werden Sie in Salzburg durchsetzen?

Seite | 10

Piraten

Dieser Schutz muss durch mehrere Maßnahmen verbessert werden: mehr unabhängige Kontrolle von Institutionen, flankiert von speziellen Schulungsmaßnahmen für Pflege- und Beratungspersonal, bzw. der Betroffenen selber. Vergehen müssen außerdem konsequent verfolgt und geahndet werden, auch die Toleranzgrenze in der Gesellschaft muss gesenkt werden.

KPÖ

Diese Frage erübrigt sich wohl aufgrund der derzeitigen Stärke der KPÖ.

ÖVP

Beim Schutz vor gewaltsamen Übergriffen gibt es in Salzburg bereits Selbstverteidigungskurse, die ebenso von Menschen mit Behinderungen besucht werden. In diesem Bereich ist aber bestimmt noch ein vielfältigeres Angebot zielführend. Doch der wichtigste Punkt liegt in der Aufklärung der Menschen, damit diese Erkennen wenn ihnen Unrecht geschieht und wissen wann es notwendig wird sich an einer Beratungsstelle oder einer Vertrauensperson zu wenden.

Mit einem selbstbestimmten Leben ist aber sicherlich die Fähigkeit verbunden sich gegen Angriffe – natürlich immer im Bereich der eigenen Möglichkeiten – zu wahren. Dies beginnt unserer Ansicht nach mit der Fähigkeit zu einem selbstbestimmten NEIN zu dem das zu sagen Menschen mit Behinderung versetzt werden müssen.

SPÖ

Für diese Thematik ist bereits – ausgehend von der Jugendwohlfahrt – ein Diskussionsprozess gestartet. Im Rahmen der Maßnahmen bzw. Umsetzung wird auf den besonderen Schutz bzw. die Schutzbedürftigkeit dieser Personengruppe seitens der Sozialressorts besonders geachtet. (Präventive) Aufklärung, Schulung und Bewusstseinsbildung halte ich hier besonders wichtig!

FPÖ

Die Schaffung einer unabhängigen Beratungsstelle scheint jedenfalls geboten, wobei eine Verknüpfung mit dem bestehenden Angebot anzustreben ist.

Die Grünen

Frauen mit Behinderungen sind einem deutlich höherem Gewaltrisiko ausgesetzt. MitarbeiterInnen der einschlägigen Opferschutzeinrichtungen müssen für die Arbeit mit behinderten Frauen und Männern geschult werden. Darüber hinaus müssen Mädchen und Frauen mit Behinderungen lernen können, wie sie sich in problematischen Situationen wehren können.



Frage 9 - Allgemeine Abschlussfrage

Bei welchen behindertenpolitischen Themen sehen Sie den größten Handlungsbedarf?

Piraten

Es ist wichtig, dass unsere Umwelt barrierefrei wird...und zwar lückenlos. Das tägliche Leben darf für Menschen mit Behinderung kein Spießrutenlauf mehr sein.

KPÖ

Herstellung einer umfassenden Barrierefreiheit, institutionalisierter Schutz vor Gewalt.

ÖVP

Handlungsbedarf besteht sicherlich in der Verankerung von grundlegenden Anforderungen für barrierefreies Bauen in der Bauordnung auch für Gebäude die dem Altstadterhaltungs- und dem Denkmalschutzgesetz unterliegen.

Aber vor allem steht die Gewährleistung eines selbstbestimmten Lebens für Menschen mit Behinderungen im Vordergrund, die nur durch eine Gleichstellung in allen Bereichen erreicht werden kann. Dies erfordert Kreativität und Zeit, ist aber gerade mit der Förderung von persönlicher Assistenz möglich.

Die ÖVP Salzburg wird natürlich weiterhin an der Erstellung an dem Salzburger Gesetz für Menschen mit Behinderung beteiligen. Warum dieser Prozess derzeit zum Stillstand gekommen ist, ist nicht nachvollziehbar und wäre durch die ressortmäßig zuständige SPÖ zu beantworten.

SPÖ

- Arbeit
- Wohnen und

- neue Betreuungsformen und Assistenzleistungen für beeinträchtigte Menschen.

Diese sind die Grundlagen eines selbstständigen Lebens – wobei im Sinne einer gesamthaften Verantwortung der Politik auch zB. die Themen Frühförderung, Unterstützung von Familien mit beeinträchtigten Kindern, Mobilität und Barrierefreiheit bis hin zur Pflege im Alter immer aktuell sein werden.

FPÖ

Hauptaufgabe wird die Schaffung eines neuen Behindertengesetzes sein.

Die Grünen

Ohne Beantwortung